

Schriftliche Anfrage

von Bernhard Piller (Grüne)

Betreffend des Bezugs von Uranbrennmaterial durch das Atomkraftwerk Gösgen aus der russischen kerntechnischen Anlage in Majak und der Verantwortung der Stadt Zürich als Mitaktionärin des AKW Gösgen.

In der Sendung „Rundschau“ des Schweizer Fernsehens vom 8. September 2010 hat die Geschäftsleitung der Axpo zugegeben, dass die beiden Atomkraftwerke Beznau und Gösgen Brennmaterial aus der kerntechnischen Anlage Majak in Russland beziehen.

In Majak wird Uran wiederaufgearbeitet, welches für die spätere Produktion von Brennelementen für Schweizer Kunden (AKW Beznau und Gösgen) verwendet wird. Majak gilt neben Tschernobyl als verstrahltester Ort der Welt. Das Gebiet wurde nach der Explosion eines Tanks mit hochradioaktivem Plutonium in den Fünfzigerjahren hohen Radioaktivitätsmengen ausgesetzt. Heute noch werden im laufenden Betrieb radioaktive Abwässer direkt in die Gewässer der Region geleitet. Diese dienen für die ansässige Bevölkerung als Lebensgrundlage (Trinkwasser, Fischerei). Die Folgen der wiederholten Kontamination und der fehlenden Sanierung sind verheerend: Die Krebsrate ist überdurchschnittlich hoch, ebenso die Zahl der Fehlgeburten. Viele Kinder kommen mit genetischen Schäden und zum Teil schwersten Behinderungen zur Welt. Die Stadt Zürich ist Mitaktionärin des AKW Gösgen. Wer in der Lieferantenkette einen Betrieb wie die Majak-Anlage als Geschäftspartner führt, trägt eine Mitverantwortung für das Elend in dieser Region.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Stadtrat gewillt, von der Führung des AKW Gösgen eine umfassende Information über die Problemlage in Majak (gesundheitliche, ökologische und Sicherheitsaspekte) zu verlangen und diese Informationen zu veröffentlichen?
2. Ist für den Stadtrat der Bezug von Brennmaterial aus Majak aus Menschenrechtsüberlegungen und aus Umweltsicht akzeptabel? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wenn nein, ist der Stadtrat gewillt, sich für eine fristlose Auflösung der Verträge mit den russischen Lieferanten einzusetzen?
3. Welche Haftungs- und menschenrechtlichen Verantwortungen ergeben sich aus dem Bezug der Brennelemente für die Stadt Zürich? Inwiefern könnte die Stadt Zürich als Mitaktionärin des AKW Gösgen davon betroffen sein?
4. Wird sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass das AKW Gösgen zur sofortigen und langfristigen Verantwortungsübernahme für die Schäden an Bevölkerung und Umwelt in Majak Massnahmen ergreift?
5. Ist der Stadtrat bereit, ab jetzt eindeutige und vollständige Angaben zur Herkunft des Brennmaterials im AKW Gösgen zu verlangen, und diese Angaben öffentlich zu machen?
6. Findet es der Stadtrat akzeptabel, dass die ewz-KundInnen mit Strom beliefert werden, dessen Produktion massive gesundheitliche und ökologische Schäden verursacht?

